

STATISTISCHES  
BUNDESAMT  
WIESBADEN

## **Wirtschaftskalender**

**1. Vierteljahr 1964**



VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

## I n h a l t

	Seite
Vorbemerkung . . . . .	3
1. Zahl der Kalender-, Arbeits-, Sonn- und Feiertage	4
2. Klimadaten und vorherrschende Witterung . . . . .	4
3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im 1. Vierteljahr 1964 . .	5

Erschienen im September 1964

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 1,50

### Vorbemerkung

Der bisher jährlich als Beilage von "Wirtschaft und Statistik" herausgegebene "Wirtschaftskalender" erscheint, wie bereits angekündigt, nunmehr auch vierteljährlich. Beginnend mit der vorliegenden Ausgabe für das 1. Vierteljahr 1964 ist der Wirtschaftskalender als eine selbständige, von "Wirtschaft und Statistik" unabhängige Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes zu beziehen.

## Wirtschaftskalender für das 1. Vierteljahr 1964

### 1. Zahl der Kalender-, Arbeits-, Sonn- und Feiertage

Monat	Kalender- tage	Arbeitstage			Sonn- und Feiertage <sup>1)3)</sup>
		insgesamt <sup>1)</sup>	darunter Lohnzahlungs- tage	Sonnabende <sup>2)</sup>	
Januar	31	26 (25)	5	4	5 (6)
Februar	29	25	4	5	4
März	31	24	4	4	7
1. Vierteljahr	91	75 (74)	13	13	16 (17)

- 1) Eingeklammerte Zahlen für Baden-Württemberg und Bayern, wo der 6. Januar (Hl. drei Könige) gesetzlicher Feiertag ist.
- 2) Sonnabende zu den Arbeitstagen gerechnet, obwohl infolge der 5-Tage-Woche am Wochenende vielfach nicht gearbeitet wird; bei der arbeitstäglichen Berechnung des Produktionsindex (Industrie) der Sonnabend derzeit als 0,2 Arbeitstag eingesetzt.
- 3) Ohne Berücksichtigung der Sonn- und Feiertage in kontinuierlich arbeitenden Betrieben.

### 2. Klimadaten und vorherrschende Witterung

Monat	Abweichung der mittleren Lufttemperatur in °C vom langjährigen Mittel	Niederschlags- menge	Sonnenschein- dauer	Vorherrschende Witterung
		in % der langjährigen Durchschnitte		
Januar	-4,2 bis -0,2	15 bis 65	80 bis 160 <sup>1)</sup>	Bei vorherrschender Hoch- drucklage zu trocken, mit geringen Ausnahmen zu kalt, verbreitet sonnenschein- reich
Februar	+0,2 bis +2,2	50 bis 130 <sup>2)</sup>	80 bis 140	Fast im gesamten Bundesge- biet zu warm, besonders im Westen, überwiegend zu trocken, hauptsächlich in Schleswig-Holstein und Bay- ern, verbreitet sonnenschein- reich
März	-2,8 bis -1,2	35 bis 120 <sup>3)</sup>	50 bis 100 <sup>4)</sup>	Zu kalt, sonnenscheinarm, im Süden zu naß, im Norden zu trocken

- 1) Schleswig-Holstein 63 % bis 96 %.
- 2) Schleswig-Holstein 30 % bis 90 %, Bayern 40 % bis 105 %.
- 3) Süd- und Südwestdeutschland 80 % bis 220 %.
- 4) Süddeutschland 35 % bis 80 %.

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im 1. Vierteljahr 1964

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
1	1. Januar	<p style="text-align: center;"><u>Januar</u></p> <p>Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer über Tage im Steinkohlenbergbau im rheinisch-westfälischen und Aachener Revier;</p> <p>auf 41 1/4 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte in der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie im Bundesgebiet (in Bayern auf 41 Wochenstunden);</p> <p>auf 42 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer im graphischen Gewerbe und in Schriftgießereien im Bundesgebiet; in der Holzverarbeitenden Industrie und im Holzverarbeitenden Handwerk in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen</p>
2		<p>In der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie des Bundesgebietes Ecklöhne erhöht ab 1. Januar 1964 um 5 %, ab 1. Januar 1965 um 3 %</p>
3		<p>Anpassungen in den gesetzlichen Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten:</p> <p>Aus Anlaß der Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage für das Jahr 1963 Erhöhung der seit 1962 oder früher laufenden Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen um 8,2 %, aus der knappschaftlichen Rentenversicherung um 9,1 % mit Wirkung vom 1. Januar 1964. (Sechstes Rentenanpassungsgesetz vom 21. Dezember 1963).</p> <p>Bezugsgrößen: Durchschnittliches Bruttoarbeitsentgelt aller Versicherten für das Kalenderjahr 1962 7328 DM (knappschaftliche Rentenversicherung 7405 DM). Allgemeine Bemessungsgrundlage für im Jahre 1964 eintretende Versicherungsfälle 6717 DM (knappschaftliche Rentenversicherung 6788 DM). (Inkrafttreten der Siebenten Verordnung über Änderungen der Bezugsgrößen vom 21. Dezember 1963).</p> <p>Ergänzung der Beitragsklassen a) um Beitragsklasse XXII bzw. O für monatliches Bruttoarbeitsentgelt von mehr als 1025 DM bis 1075 DM; Monatsbeitrag 147 DM; b) um Beitragsklasse XXIII bzw. P für monatliches Bruttoarbeitsentgelt über 1075 DM; Monatsbeitrag 154 DM. (Inkrafttreten der Sechsten Verordnung zur Ergänzung der Beitragsklassen vom 21. Dezember 1963).</p> <p>Beitragsbemessungsgrenze für das Kalenderjahr 1964 13200 DM für Jahres-, 1 100 DM für Monatsbezüge (knappschaftliche Rentenversicherung ab 1. Januar 1964 16 800 DM für Jahres-, 1 400 DM für Monatsbezüge). (Bekanntmachung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 21. Dezember 1963)</p>
4		<p>In der gesetzlichen Unfallversicherung die vom Jahresarbeitsverdienst abhängigen Geldleistungen für 1961 oder früher eingetretene Unfälle mit Wirkung vom 1. Januar 1964 um 9 % erhöht, und zwar aus Anlaß der Veränderungen der durchschnittlichen Brutto Lohn- und -gehaltssumme zwischen den Kalenderjahren 1961 und 1962. (Sechstes Rentenanpassungsgesetz vom 21. Dezember 1963)</p>
5		<p>Die für Mineralölzölle in Anspruch genommenen Ausnahmen vom EWG-Vertrag aufgegeben. Für Mineralöl sämtliche Binnenzölle beseitigt, Außenzölle für Rohöl und die meisten Fertigerzeugnisse aufgehoben, für die übrigen reduziert.</p> <p>Zum Ausgleich des weggefallenen Zollschatzes der deutschen Erdölindustrie bis 31. Dezember 1969 gewährt:</p> <p>a) Anpassungshilfen für die Gewinnung deutschen Erdöls an in- und ausländische Unternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland für eine Referenzmenge, entsprechend der von den Unternehmen 1959 bis 1962 in der Bundesrepublik Deutschland gewonnenen Menge, insgesamt auf jährlich 6,2 Mill. t begrenzt. Sätze: 1964 und 1965 50 DM,</p>

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im 1. Vierteljahr 1964

Lfd.Nr.	Datum	Ereignis
noch 5	noch 1. Januar	<p>1966 und 1967 30 DM, 1968 und 1969 20 DM je t;  b) Darlehen für Aufsuchen und Ausbeuten von im Ausland gelegenen Erdöl- und Erdgaslagerstätten, soweit übliche Finanzierungsmöglichkeiten nicht zumutbar.</p> <p>Zum Ausgleich der für den Bundeshaushalt wegfallenden Zolleinnahmen Mineralölsteuer entsprechend erhöht, Stuersubventionen für Hydriererzeugnisse aufgehoben; einheitliche Steuersätze für Leichtöle (32 DM je hl), mittelschwere Öle, Schweröle, Reinigungsextrakte und Flüssiggase (35,25 DM je 100 kg). Unverändert die Steuerbegünstigung für Schweröle, Reinigungsextrakte und Flüssiggase bei deren Verwendung gemäß § 8 Abs. 2 des Mineralölsteuergesetzes (u.a. Heizöle).</p> <p>Der für den Bundesfernstraßenbau zweckgebundene Anteil des Mineralölsteueraufkommens (ausgenommen Aufkommen aus Besteuerung der Schweröle und Reinigungsextrakte nach § 8 Abs. 2 des Mineralölsteuergesetzes) neu festgesetzt: für Rechnungsjahr 1964 auf 46 %, 1965 auf 48 %, für die folgenden Rechnungsjahre auf 50 %.</p> <p>(Inkrafttreten des Gesetzes über Umstellung der Abgaben auf Mineralöl vom 20. Dezember 1963)</p>
6		<p>Inkrafttreten des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung von privaten Kapitalanlagen in Entwicklungsländern (Entwicklungshilfe-Steuergesetz) vom 23. Dezember 1963.</p> <p>Für Steuerpflichtige, die in den Jahren 1963 bis 1967 Entwicklungshilfe durch Kapitalanlagen in Entwicklungsländern leisten, Vergünstigungen bei der Einkommen-, Körperschaft-, Gewerbe- und Vermögensteuer</p>
7		<p>Sätze des Anteilzolls für aus Drittländern importierte und nach Veredlung an andere EKG-Länder verkaufte Waren mit Wirkung vom 1. Januar 1964 wie folgt festgesetzt:</p> <p>Für EGKS-Erzeugnisse auf unverändert 55 % der Zollsätze des Deutschen Zolltarifs 1963, für Marktordnungswaren auf 60 % der mittleren Abschöpfung gegenüber Drittländern (von der EKG-Kommission für jedes Kalendervierteljahr zu bestimmen und bekanntzugeben), für anderes Drittlandszollgut auf unverändert 55 % der Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs.</p> <p>(Bekanntmachung des Bundesministers der Finanzen vom 3. Dezember 1963 zum Anteilzollgesetz vom 27. Dezember 1960)</p>
8		<p>Im Verkehr zwischen den EKG-Mitgliedstaaten gemäß dem Zeitplan der EKG-Verordnung Nr. 23 über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Obst und Gemüse die Einfuhr auch von Erzeugnissen der Klasse I liberalisiert</p>
9		<p>Zölle für gewerbliche Erzeugnisse innerhalb der EFTA um 10 %, insgesamt nunmehr um 60 % ihres Standes vom 1. Januar 1960 gesenkt</p>
10	7. Januar	<p>Von einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank AG eine auf DM lautende Anleihe der Präfektur und Stadt Osaka in Höhe von 100 Mill. DM zum Kauf angeboten. Zinssatz 6 1/2 %, Ausgabekurs 99 3/4 %, Laufzeit 15 Jahre.</p> <p>Mehrfach überzeichnet</p>
11	12. Januar	<p>Staatsstreich in Sansibar (unabhängiges Sultanat seit 10. Dezember 1963). Vom neuen Regime am 18. Januar 1964 die Volksrepublik Sansibar proklamiert</p>
12	20. Januar	<p>Zur Wahrung der deutschen Hoheitsrechte an den Naturschätzen in der Nordsee, vornehmlich Erdöl und Erdgas, von Bundesregierung Proklamation über die Erforschung und Ausbeutung des Festlandssockels vor den deutschen Küsten erlassen</p>
13		<p>Mit Verordnung Nr. 4/64/EKG der Kommission vom 15. Januar 1964, in Kraft getreten am 20. Januar, ein Zusatzbetrag von 0,075 Rechnungseinheiten (=30 Pf) je kg für die Einfuhr von Eiern aus dritten Ländern festgesetzt.</p> <p>Durch Verordnung Nr. 10/64/EKG der Kommission vom 6. Februar 1964 mit Wirkung vom 8. Februar 1964 Zusatzbetrag auf 0,15 Rechnungseinheiten (=60 Pf) je kg erhöht,</p> <p>durch Verordnungen Nr. 20 und Nr. 28/64/EKG der Kommission vom 4. und 18. März 1964 mit Wirkung vom 9. März 1964 auf 0,125 Rechnungseinheiten (=50 Pf) je kg, mit Wirkung vom 20. März 1964 auf 0,0625 Rechnungseinheiten (=25 Pf) je kg gesenkt</p>

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im 1. Vierteljahr 1964

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
14	21. Januar	Vereinbarungen über Durchführung des Interzonenhandelsabkommens für 1964 abgeschlossen. Erhöhung des Austauschvolumens bei Kohle: Zusätzliche Lieferung von Steinkohle im Werte von 40 Mill. Verrechnungseinheiten, verstärkte Braunkohlenbezüge; erhöhte Lieferung von Waren ausländischen Ursprungs; Aufstockung der Getreidebezüge; Vergütung eines Betrages von 129 DM je t bezogenen Treibstoffs bis zu einer Menge von 582 000 t, somit insgesamt bis zu 75 Mill. DM als Kompensation der Mineralölsteuererhöhung; kein Ausgleich auf Grund des Wegfalls der Hydrierpräferenzen. Jeweils am 30. Juni vorzunehmender Saldenausgleich unterbleibt 1964
15	23. Januar	Von Regierung der UdSSR der Bundesregierung Absicht mitgeteilt, das am 31. Dezember 1963 ausgelaufene Handelsabkommen nicht zu erneuern. Für 1964 Fortführung des Warenaustausches auf Basis der für 1963 vereinbarten Warenlisten vorschlagen
16	24. Januar	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundesbahn von 1964 in Höhe von 270 Mill. DM. Zinssatz 5 1/2 %, Ausgabekurs 98 %, Laufzeit 11 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen ab 5. Februar 1964. Zuteilung an Ausländer erst ab 11. Februar 1964 und nach Befriedigung aller bis dahin vorliegenden inländischen Kaufaufträge
17		Unterzeichnung des am 13. Mai 1963 paraphierten Vertrages zwischen Bundesrepublik Deutschland und Senegal über die Förderung von Kapitalanlagen
18	25. Januar	In Besprechungen zwischen dem 15. und 25. Januar von Bundesregierung der Republik Mali projektgebundene Wirtschaftshilfe in Höhe von 10 Mill. DM zugesagt
19	27. Januar	Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich bekanntgegeben, diplomatische Beziehungen aufgenommen
20		Beginn des Winterschlußverkaufs (Ende 8. Februar)
21	28. Januar	Durch Wertpapierbereinigungsschlußgesetz vom 28. Januar 1964 Schlußtag für Beendigung der Bereinigung auf den 31. Dezember 1964 festgesetzt. Nach Abschluß der Bereinigung verbleibende Beträge dem Lastenausgleichsfonds zuzuführen
22	Januar	Kapitalhilfefzusagen der Bundesregierung an Peru: 80 Mill. DM für ein Bewässerungsprojekt, an Ecuador: 11,835 Mill. DM für 1963 zur Finanzierung von Devisenkosten von Projekten des Straßenbaues, an El Salvador: 9 Mill. DM aus Mitteln der Entwicklungshilfe für Einrichtung von Krankenhäusern; Gesamtvorhaben noch zu prüfen
23		Durch Gesetzesvorlage der spanischen Regierung das im Vierjahrplan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Spaniens vorgesehene Industrialisierungsprogramm festgelegt; hierbei spanische und ausländische Unternehmen gleichgestellt
24		Von USA-Regierung Exportlizenzen für Lieferungen von Getreide an die UdSSR in großem Umfang erteilt. Seit Herbst 1963 bereits Getreidekäufe vor allem mit Kanada, Frankreich, Australien und Argentinien durch Ostblockländer (Ausnahme Rumänien) abgeschlossen
25		Elfenbeinküste und Niger Vollmitglieder des GATT

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im 1. Vierteljahr 1964

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		<u>Februar</u>
26	1. Februar	Lohnerhöhungen in der Textilindustrie: In Hessen mit Wirkung vom 1. Februar 1964 um 15 Pf je Stunde; vereinbart für Nordbayern am 12. Februar 1964, rückwirkend ab 1. Januar 1964 um 14 Pf je Stunde, Südbayern am 2. März 1964 mit Wirkung vom 1. März 1964 um 15 Pf je Stunde, Nordrhein am 11. März 1964, rückwirkend ab 1. Januar 1964 um 13 Pf je Stunde
27		Die seit 1958 unveränderten Richtsätze der Tafeln I und II des Güternahverkehrstarifs (Tages- und Kilometersätze sowie Stundensätze) linear um 8 % erhöht. (Inkrafttreten der Verordnung TSN Nr. 1/64 zur Änderung der Verordnung TS Nr. 11/58 über einen Tarif für den Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen. Vom 20. Januar 1964)
28	3. Februar	Vom Ministerrat der EWG Satz des Gemeinsamen Zolltarifs für Rohkaffee von 16 % auf 9,6 % gesenkt; ferner Wegfall des Zolles für Rohkaffee aus den assoziierten afrikanischen Ländern beschlossen. Beide Maßnahmen bis 30. Juni 1964 befristet
29	4. Februar	Unterzeichnung des am 13. November 1962 paraphierten Vertrages zwischen Bundesrepublik Deutschland und Südkorea über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
30	5. Februar	Vom Ministerrat der EWG Verordnungen vom 5. Februar 1964 zur schrittweisen Errichtung der gemeinsamen Marktorganisationen für Milch und Milcherzeugnisse, für Rindfleisch und für Reis erlassen.  <u>Milch und Milcherzeugnisse</u> (Verordnung Nr. 13/64/EWG) Abschöpfungsregelung, während der Übergangszeit auch für den Handel zwischen den Mitgliedstaaten; Festsetzung des gemeinsamen Richtpreises ab Hof für Milch vom Rat jährlich vor dem 15. Januar, des Richtpreises ab Hof für Milch von jedem Mitgliedstaat jährlich vor dem 15. Februar, der Schwellenpreise von jedem Mitgliedstaat jährlich vor dem 15. März. Interventionsregelung vorgesehen. <u>Rindfleisch</u> (Verordnung Nr. 14/64/EWG) Zollregelung und bestimmte zusätzliche Preisstützungsmaßnahmen auch für den Handel zwischen den Mitgliedstaaten; Orientierungspreise; Waren obere und untere Grenzen für jeden Mitgliedstaat vom Rat festzulegen. Durch Verordnung Nr. 15/64/EWG des Rats Bundesrepublik Deutschland ermächtigt, Interventionsmaßnahmen zur Ermöglichung der Einfuhr von Rindern aus Dänemark zu ergreifen. <u>Reis</u> (Verordnung Nr. 16/64/EWG) Abschöpfungsregelung für den Handel auch zwischen den Mitgliedstaaten, hierbei Präferenz für in Mitgliedstaaten geernteten Reis; Schwellen-, Richt- und Interventionspreise; Schwellenpreis jährlich am 1. September in Kraft tretend, gemeinsamer Schwellenpreis für Mitgliedstaaten ohne eigene Erzeugung vom Rat festzusetzen
31		Über die Bedingungen für die Beteiligung des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft Verordnung Nr. 17/64/EWG des Rats vom 5. Februar 1964 erlassen. Im Rahmen der Abteilung Garantie Vorschriften über vom Fonds finanzierte Erstattungen bei der Ausfuhr in dritte Länder sowie über Ausgaben für Interventionen auf dem Binnenmarkt; im Rahmen der Abteilung Ausrichtung Festlegung der gemeinsamen, vom Fonds zu unterstützenden Maßnahmen einschließlich erforderlich werdender Strukturänderungen.  Vorschriften über Berechnung der Nettoeinfuhren aus dritten Ländern; deren Höhe gemäß EWG-Verordnung Nr. 25 für Ermittlung des zweiten Teils der Beiträge der Mitgliedstaaten zum Fonds zugrundezulegen



### 3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im 1. Vierteljahr 1964

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
32	13. Februar	Vertrag zwischen Bundesrepublik Deutschland und Iran über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, im Februar 1961 bereits in Einzelheiten verhandelt, nunmehr endgültig abgeschlossen und unterzeichnet
33	14. Februar	Die fünf Mitglieder des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom Bundespräsidenten berufen; konstituierende Sitzung am 28. Februar 1964
34		Durch Gesetz vom 14. Februar 1964 zur Änderung des Bundeswahlgesetzes Wahlkreise neu eingeteilt. Zahl der Wahlkreise von 247 auf 248, der Abgeordneten von 516 auf 518 erhöht
35	15. Februar	Auf Grund der Empfehlung der Hohen Behörde der Montan-Union vom 15. Januar 1964 an die Mitgliedstaaten, die Stahlzölle mit Wirkung vom 15. Februar 1964 auf das Niveau der italienischen Zölle anzuheben, der Außenzollsatz für die Stahlzölle auf durchschnittlich 9 % erhöht. (Inkrafttreten der 52. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1963 - Stahlzölle - vom 12. Februar 1964). Am 4. März 1964 von Hoher Behörde für Eisen- und Stahleinfuhren aus dritten Ländern eine Reihe von durch die Zollerhöhungen nicht betroffenen Kontingenten festgelegt
36	19. Februar	Wirtschaftshilfe an Ceylon von Bundesregierung eingestellt
37	21. Februar	Durch das zweite Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsofferrechts (Zweites Neuordnungsgesetz vom 21. Februar 1964) mit Wirkung vom 1. Januar 1964 Grund- und Ausgleichsrenten erhöht, Hinterbliebenenversorgung verbessert, Berufsschadenausgleich auf alle Schwerbeschädigten ausgedehnt, Abrechnung der Kriegsopferversorge geändert
38	24. Februar	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundespost von 1964 in Höhe von 210 Mill. DM. Zinssatz 5 1/2 %, Ausgabekurs 98 %, Laufzeit 10 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen ab 5. März 1964. Zuteilung an Ausländer erst ab 11. März 1964 und nach Befriedigung aller bis dahin vorliegenden inländischen Kaufaufträge
39	25. Februar	Vom Ministerrat der EWG sechs Richtlinien in Durchführung des allgemeinen Programms zur Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs erlassen
40	1. März	<u>März</u> Für Eisenbahntransport von Kohlen und Eisenerz zwischen den Mitgliedstaaten der EGKS und im Transit durch Österreich und die Schweiz ab 1. März 1964 einheitlicher Tarif bei Mindestmengen von 800 t in geschlossenen Zügen von einem Absender an einen Empfänger
41	2. März	Gründung des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik in Berlin in Form einer gemeinnützigen GmbH. Gesellschafter: Bundesrepublik Deutschland, Land Berlin. Unterhalt des Instituts von beiden Gesellschaftern zu gleichen Teilen übernommen. Vorbereitung junger Akademiker auf ihre Aufgaben im Rahmen der Förderung von Entwicklungsländern
42	3. März	Zwischen Bundesrepublik Deutschland und den Philippinen Regierungsabkommen über Kapitalhilfe, Handelsabkommen sowie Staatsvertrag über Förderung und Schutz von Kapitalanlagen unterzeichnet. Die bereits 1963 zugesagte Kredithilfe in Höhe von 40 Mill. DM für den Kauf von Küstendampfern bestimmt
43	6. März	Zwischen Bundesrepublik Deutschland und Bulgarien langfristiges Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr und über die Errichtung von Handelsvertretungen abgeschlossen

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im 1. Vierteljahr 1964

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
44	9. März	Die Auflösung der Afrikanisch-Madegassischen Union und an deren Stelle Gründung einer Afrikanisch-Madegassischen Union für Wirtschaftliche Zusammenarbeit von den Regierungschefs der Mitgliedstaaten beschlossen
45	10. März	Für das am 1. April 1964 beginnende Wirtschaftsjahr die unteren und oberen Grenzen der Orientierungspreise für Rindfleisch in den einzelnen Mitgliedstaaten durch Verordnung Nr. 25/64/ENG des Rats vom 10. März 1964 festgelegt. Für Bundesrepublik Deutschland je 100 kg 205 DM bzw. 235 DM (Rindfleisch) 305 DM bzw. 345 DM (Kalbfleisch)
46		Regierungsabkommen über Kapitalhilfe der Bundesrepublik Deutschland an Pakistan für das vierte Planjahr (1963/64) des zweiten pakistanischen Fünfjahrplanes unterzeichnet. Kapitalhilfe 117,5 Mill. DM und Bürgschaftshilfe für Lieferantenkredite im Auftragswert von 50 Mill. DM
47	11. März	Anteil des Bundes am Aufkommen der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer für das Haushaltsjahr 1963 auf 38 %, für die Haushaltsjahre 1964 bis 1966 auf je 39 % erhöht. (Erstes Gesetz zur Änderung des Beteiligungsverhältnisses an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer vom 11. März 1964)
48	Mitte März	Gewährung eines Bereitschaftskredits in Höhe von 4,9 Mrd. DM an Italien zur Überwindung seiner Wirtschafts- und Währungskrise durch die USA, den Internationalen Währungsfonds sowie einige europäische Zentralbanken, darunter die Deutsche Bundesbank
49		Erste Einheiten der zur Lösung des Zypern-Konflikts aufgestellten UN-Streitmacht in Zypern eingetroffen
50	17. März	Für die Einfuhr von Eiern aus dritten Ländern Abschöpfung für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1964 auf 0,81 DM je kg (bisher 0,86 DM) festgesetzt. (Verordnung Nr. 31/64/ENG der Kommission vom 17. März 1964). Dadurch Einfuhrbelastung einschließlich Zusatzbetrag auf DM 1,06 je kg gesenkt
51	19. März	Vom Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank beschlossen: a) Die den Kreditinstituten gegebene Möglichkeit, Termineinlagen gebietsfremder Einleger mit Genehmigung der Landeszentralbanken zu verzinsen, aufgehoben; Verzinsung bereits bestehender Termineinlagen nur noch bis zum Fristablauf bzw. Ablauf des ersten Kündigungstermins gestattet. Für Sparguthaben natürlicher gebietsfremder Personen auch weiterhin keine Verzinsungsbeschränkung. b) Mindestreservesätze für Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden ab 1. April 1964 auf die gesetzlich zulässigen Höchstsätze festgesetzt (für Sichtverbindlichkeiten 30 %, befristete Verbindlichkeiten 20 %, Spareinlagen 10 %). Kompensation von Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden mit Guthaben bei Banken im Ausland und ausländischen Geldmarktanlagen sowie die Freistellung der Verbindlichkeiten aus "seitens der Kundschaft bei Dritten benutzten Krediten" weiterhin zugelassen
52		5843 m langer Straßentunnel durch den Großen St. Bernhard, erster Straßentunnel durch die Alpen, nach 5 Jahren Bauzeit für den Verkehr geöffnet
53	20. März	Durch Richtlinien 1964 des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 20. März 1964 Förderungszuschlag zum Milchauszahlungspreis für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1964 gewährt; ab 1. Januar bis auf weiteres 4 Pf je kg angelieferter Milch
54		Ende der am 24. Februar 1964 eröffneten XXI. Session der Vertragsstaaten des GATT. Hauptthema: Handelsprobleme der unterentwickelten Länder. Vorbereitungen für die am 4. Mai 1964 beginnende Kennedy-Runde

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im 1. Vierteljahr 1964

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
55	noch 20. März	Zwischen Bundesrepublik Deutschland und Uganda Handelsabkommen sowie Vereinbarungen über finanzielle Hilfe und technische Zusammenarbeit abgeschlossen
56	21. März	In Bundesrepublik Deutschland Ratifizierungsverfahren zum Assoziierungsabkommen vom 20. Juli 1963 zwischen EWG und den mit ihr assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar abgeschlossen (Gesetz vom 21. März 1964)
57	23. März	Die von den Vereinten Nationen einberufene, bis zum 15. Juni 1964 tagende Konferenz für Handel und Entwicklung (Welthandelskonferenz) in Genf eröffnet. 122 Länder vertreten, darunter 85 Entwicklungsländer. Wichtigste Tagesordnungspunkte: Ausweitung des internationalen Handels, Rohstoffprobleme, Handel mit Halb- und Fertig- erzeugnissen, Hebung des unsichtbaren Handels der Entwicklungsländer (Verkehr, Versicherung, Kapitalbewegungen, Fremden- verkehr), die Auswirkungen regionaler wirtschaftlicher Gruppierungen von Entwicklungs- und Industrieländern, Finan- zierung der internationalen Handelsausweitung, institutionelle Maßnahmen zur Förderung des Welthandels, Ausarbeitung einer Schlußakte der Konferenz
58	24. März	Von Bundesregierung Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Einführung einer Kapitalertragsteuer von 25 % auf festverzinsliche Wertpapiere für Gebietsfremde sowie eines Gesetzentwurfes zur Abschaffung der Wertpapiersteuer angekündigt
59	25. März	Die obere und die untere Grenze der Richtpreise ab Hof für Milch von 3,7 % Fettgehalt für das Milchwirtschaftsjahr 1964/65 durch Verordnung Nr. 37/64/EWG des Rats vom 25. März 1964 festgesetzt. Für Bundesrepublik Deutschland obere Grenze 42 Pf, untere Grenze 31,8 Pf je kg
60		Termin für Suspendierung des § 7b des Einkommensteuergesetzes zunächst um drei Monate (bis 30. Juni 1964) verlängert; erhöhte Absetzungen für Eigenheime, Eigensiedlungen und eigengenützte Eigentumswohnungen gewährt, wenn Antrag auf Baugenehmigung vor dem 1. Juli 1964 gestellt. (Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes. Vom 25. März 1964)
61		Die den Bundestagsabgeordneten gewährten Entschädigungen z.T. erhöht, z.T. neu geregelt. (Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestags - Diätengesetz 1964 - vom 25. März 1964)
62	25. März	Inkrafttreten des 15. Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes. Vom 19. März 1964. Für bestimmte Erzeugnisse, insbesondere der Eisen- und Stahl-, der chemischen und der Textilindustrie, Ausfuhrvergütung erhöht
63	30. März	Unterzeichnung eines Investitionsförderungsabkommens zwischen Bundesrepublik Deutschland und Chile sowie eines Protokolls über deutsche Finanzhilfe an Chile; Verlängerung bisher gewährter Kredite, Eröffnung zusätzlicher Kredite über 70 Mill. DM